

UKRAINE

Gewerkschaftsmonitor

April 2019

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

In der Ukraine haben die Jahre seit dem Euromaidan im Jahre 2014 mehr Reformen hervorgebracht, als dies in den Jahren zuvor der Fall war. Die Dezentralisierung, die Zusammenlegung von Dörfern zu Gemeinden (*Hromada*) und die damit verbundene Übertragung von Verantwortung auf die kommunale Ebene, bedeuteten eine Zunahme von Verantwortungsbewusstsein, demokratischer Selbstorganisation und Lebensqualität für die Menschen in den betroffenen Verwaltungseinheiten. Die neue Verkehrspolizei gilt als Stolz der Bürger_innen, auch wenn in jüngerer Zeit immer öfter Kritik an der unzureichenden Ausbildung der jungen Polizist_innen aufkommt.

Die öffentlich einsehbaren Einkommensdeklarationen von 1,5 Millionen Verwaltungsbeamt_innen sowie der Abgeordneten bedeuten ein hohes Maß an Transparenz, auch wenn es noch Fragezeichen in Bezug auf die Prüfung der Deklarationen sowie die Feststellung von Einkommensquellen gibt. Die bemerkenswerte Schaffung des Nationalen Antikorruptionsbüros der Ukraine (NABU) macht den institutionell unabhängigen Kampf gegen die Korruption erstmals möglich, auch wenn es bisher nicht zu rechtskräftigen Verurteilungen gekommen ist. Dies soll ein unabhängiges Anti-Korruptionsgericht, das auf Druck des IWF geschaffen wurde und nach den Präsidentschaftswahlen seine Arbeit aufnehmen soll, ändern. Insgesamt bleibt das Justizwesen der Ukraine hochgradig anfällig für politische Einflussnahme und Korruption.

Während die Reformdynamik schon seit 2016 abnimmt, wird sie auch 2019, im Jahr der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, keine neue Fahrt aufnehmen. Vielmehr wird die Wahl des Präsidenten und die neue Zusammensetzung des Parlaments (der »Rada«) Einfluss auf die Umsetzung zukünftiger Reformen haben. Der Wahlkampf verläuft nicht anhand klassischer Konfliktlinien, sondern wird dominiert von Anschuldigungen, Populismus und Skandalen. Alle Kandidat_innen, die

eine Chance auf das Präsidentenamt haben, sind entweder direkt oder indirekt mit den Oligarchen des Landes verbunden oder bringen eigene wirtschaftliche Interessen mit. Keine_r der Kandidat_innen legt besonderes Augenmerk auf die Zielgruppe von Arbeitnehmer_innen und/oder zielt auf deren Rechte ab. Entsprechend unterstützen Gewerkschaften keinen der Kandidat_innen offen. Was dem Land nach wie vor fehlt ist eine ernstzunehmende sozialdemokratische Kraft, die sich nicht nur für Arbeitnehmerinteressen, sondern auch für sozialen Ausgleich und sozialverträgliche Reformkonzepte jenseits des neoliberalen vom IWF forcierten Mainstreams einsetzt.

Auch wenn zivilgesellschaftliche Organisationen insgesamt seit dem Maidan auch durch internationale Unterstützung gestärkt wurden, werden einzelne zivilgesellschaftliche Akteure jüngst wieder öfter bedroht oder sogar angegriffen. Einen traurigen Höhepunkt stellt die Ermordung der Khersoner Anti-Korruptionsaktivistin Kateryna Handzyuk dar. Bis heute wurden die Mörder nicht zur Verantwortung gezogen. Die großen Medien befinden sich nach wie vor in den Händen der führenden Oligarchen, während der staatliche Fernsehsender keine große Rolle spielt. Die Menschenrechtsorganisation *Freedom House* registrierte 2018 mehr als 270 Verletzungen der Medienfreiheit, darunter körperliche Angriffe und persönliche Drohungen gegenüber Journalist_innen.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Mit einem Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent im Jahr 2018 hat das Wachstum leicht angezogen. Es nährt sich vor allem aus Investitionen und gestiegenem, vorwiegend privatem Konsum. Dies liegt auch an diversen Geschenken der Vorwahlzeit, etwa einer Erhöhung des Mindestlohns und der Renten. Ende 2018 betrug die Inflationsrate 10,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, womit die Nationalbank ihr Inflationsziel erneut verfehlte. Dies hat im Jahr 2018 zu mehreren Erhöhungen des Leitzinses geführt, der zurzeit 18 Prozent beträgt. Der sich erholende Außenhandel, das moderate Leistungsbilanzdefizit und der stabile Wechselkurs sprechen für einen relativ soliden Zustand der Außenwirtschaft. Allerdings stagnieren

die Devisenreserven derzeit bei 18 Mrd. US-Dollar, einem zu niedrigen Niveau für die Absorption von externen Schocks. 2017 fiel die öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum BIP erstmals seit vielen Jahren und lag bei ca. 72 Prozent. Es wird erwartet, dass dieser Wert sich in den nächsten Jahren weiter deutlich verbessert.

Aus wirtschaftlicher Sicht könnte sich der Beitritt zur EU-Freizone als problematisch erwiesen. Die sozialen Folgen der Assoziierung im Hinblick auf Produktion und Beschäftigung müssten daher stärker thematisiert werden. Hier steht einer allgemein positiven Wahrnehmung des Assoziierungsprozesses eine nüchterne Realität gegenüber. Die Ukraine schafft es bisher kaum, Produkte mit hohem Verarbeitungsgrad in den EU-Markt zu exportieren. Exportiert werden vor allem Rohstoffe oder Low-Tech-Produkte. Dies hat eine »Primitivisierung« der ukrainischen Wirtschaft zur Folge – von High-Tech (Flugzeuge, Raketenantriebe, die allesamt bislang für den eurasischen Markt produziert wurden) zu Low-Tech (Kabelbäume oder Sitze für die EU-Autoindustrie).

Höhere Löhne in den EU-Ländern, ein starker Arbeitskräftebedarf sowie vergleichsweise lasche Migrationsgesetze in Polen erleichtern die Arbeitsmigration. Inzwischen wurden mehr als eine Million sogenannte »Karta Poljaka« und mit ihnen eine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung an Ukrainer_innen vergeben, die nachweisen konnten, dass sie polnische Vorfahren haben. Rücküberweisungen von Arbeitsmigrant_innen machen inzwischen zehn Prozent des ukrainischen BIP aus.

Der reale Brutto-Durchschnittslohn liegt momentan bei 260 Euro. Trotz Steigerungen in der jüngeren Vergangenheit liegt die Ukraine damit noch immer hinter Georgien und der Republik Moldau. Zwischen 40 und 50 Prozent aller Arbeitnehmer_innen werden offiziell nur mit dem Mindestlohn von aktuell 110 Euro vergütet, erhalten darüber hinaus aber deutliche Mehrzahlungen im Briefumschlag. Die Gewerkschaften hatten für eine deutlich stärkere Anhebung des Mindestlohns plädiert, mindestens auf Höhe des Existenzminimums, konnten dies jedoch nicht durchsetzen. Die offizielle Arbeitslosigkeit lag 2018 bei knapp 10 Prozent. Bedenklich stimmt auch die Armutsstatistik: 2017 lag diese bei 24,5 Prozent. 2013, das Jahr vor dem Maidan und dem Beginn des Krieges, lag dieser Wert noch bei 14,1 Prozent. Die Ukraine ist daher trotz zaghaften Wachstums weit davon entfernt, die sozialen Folgen der Krise zu überwinden. Gleichzeitig macht die Schattenwirtschaft nach wie vor einen erheblichen Teil der Wirtschaftsleistung aus. Laut dem Ministerium für Wirtschaftsentwicklung werden 31 Prozent des offiziellen BIP derzeit im informellen Sektor erwirtschaftet.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die dringend notwendige Modernisierung des Arbeitsgesetzes und die Implementierung der Auflagen zur Funktionsfähigkeit der Arbeitsinspektion dürften zur Legalisierung von Beschäftigung und steigenden Löhnen führen, bleibt aber weiterhin aus. Den Gewerkschaften gelingt es nicht, den dafür notwendigen Druck auf die Regierung auszuüben. Im auf nationaler Ebene

tagenden Komitee für Sozialen Dialog brachten die Gewerkschaften unter anderem ihre Vorschläge zum ukrainischen Haushalt ein. Sie forderten eine Anhebung der Bildungsausgaben auf 7 Prozent des BIP und der Ausgaben für Gesundheitsfürsorge auf 5 Prozent des BIP, konnten aber keine der Forderungen durchsetzen.

Insgesamt kämpfen die Gewerkschaften in den letzten Jahren gegen das Problem von massiven Lohnrückständen. Vor allem der freie Gewerkschaftsdachverband KVPU prangert dieses Problem, insbesondere in der Montanindustrie, immer wieder an und setzt sich für eine Kompensation für die Arbeitnehmer_innen ein, allerdings bisher ohne großen Erfolg.

GEWERKSCHAFTEN IN DER UKRAINE – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Nach der Unabhängigkeit, am Beginn des Transformationsprozesses, war der ukrainische Teil des sowjetischen Gewerkschaftsbundes, »Ukrprofrada« zunächst ein monolithischer Gewerkschaftsdachverband mit 26,6 Millionen Mitgliedern. Neben fast allen Arbeitnehmer_innen und Studierenden umfasste der Dachverband auch die Führungskräfte von Ministerien, Behörden und staatlichen Unternehmen. Damit waren die Gewerkschaften in der Ukraine wie in jedem anderen postsowjetischen Land Teil der staatlichen Strukturen, verlängerter Arm der Führung und Sozial- und Kulturabteilung der Betriebe. Ein Jahr nach der Unabhängigkeit erklärte sich Ukrprofrada unabhängig und gründete den Gewerkschaftsbund »Föderation der Gewerkschaften der Ukraine« (FPU). Dieser übernahm auch alle Immobilien und Besitztümer der Vorgängerorganisation und wurde somit einer der reichsten kollektiven Immobilienbesitzer in der Ukraine. Trotz Bemühungen seit der Unabhängigkeit, diese Strukturen zu reformieren, ist bis heute keine wirkliche Transformation gelungen. Noch immer sieht sich die FPU eher als Vermittler zwischen Kapital und Arbeit denn als Vertreterin der Arbeitnehmer_innen.

Neben der FPU sind nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion unabhängige Gewerkschaften entstanden, die ihre Wurzeln in der Streikbewegung der Grubenarbeiter und Verkehrsbeschäftigten haben, inzwischen aber auch andere Branchen umfassen. Nach ausgeprägten Streiks in den Jahren 1994–1998 schlossen sich die Unabhängige Gewerkschaft der Bergarbeiter und einige andere neue Gewerkschaften zur Konföderation der Freien Gewerkschaften der Ukraine (KVPU) zusammen. Sie ist wesentlich kleiner als die FPU, versteht sich aber originär als die Vertreterin von Arbeitnehmerinteressen und zeichnet sich durch eine hohe Konfliktfähigkeit aus.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Auf den ersten Blick erscheint die Gewerkschaftslandschaft in der Ukraine sehr heterogen und fragmentiert. Im November 2016 gab es 16 offiziell registrierte nationale Gewerkschaftsdachverbände und 143 allukrainische Gewerkschaften. Die for-

mal relativ hohe Zahl registrierter Gewerkschaften korrespondiert aber bei weitem nicht mit aktiver gewerkschaftlicher Tätigkeit. Viele der Gewerkschaften erfüllen nicht die Repräsentationskriterien, die Voraussetzung für das Führen von Tarifverhandlungen sind, oder haben nicht die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen als primäres Ziel.

Der größte Gewerkschaftsdachverband ist nach wie vor die Föderation der Gewerkschaften der Ukraine (FPU), die Rechtsnachfolgerin des sowjetischen Rats der Gewerkschaften. Laut offiziellen Angaben gehören ihr noch 5,09 Mio. Mitglieder an, 1992 waren es 25 Millionen. In der FPU haben sich 44 gesamtukrainische Branchengewerkschaften und 25 regionale Vereinigungen zusammengeschlossen. Für die Erosion der Mitgliederzahlen gibt es viele Gründe, darunter den Einbruch der Industrie nach der Unabhängigkeit, das Verschwinden ganzer Branchen sowie eine sehr große Schattenwirtschaft, die bis zu 40 Prozent der Wirtschaft ausmacht. Zu den einflussreichsten und zugleich mitgliederstärksten Branchengewerkschaften innerhalb der FPU gehören die »Bergbau und Metallurgie Gewerkschaft« mit ca. 314.100 Mitgliedern im Jahr 2018, sowie die Gewerkschaft »Kohlebergbau« mit 78.640 Mitgliedern. Im öffentlichen Sektor zählen die Gewerkschaft »Bildung und Wissenschaft«, der auch viele Student_innen angehören, mit insgesamt 1.584.950 Mitgliedern, sowie die Gewerkschaft »Gesundheit« mit nahezu 795.950 Mitgliedern, zu den zahlenmäßig stärksten.

Ein zweiter wichtiger Gewerkschaftsdachverband ist die Konföderation der Freien Gewerkschaften der Ukraine (KVPU) mit 240.000 Mitgliedern. Die KVPU hat ihre Wurzeln in den Bergarbeiterstreiks der 1990er Jahre und in den nationalpatriotischen Bewegungen der Ukraine. Den vitalen Kern der KVPU bildet nach wie vor die einflussreiche Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft (NPGU), aber auch der Bildungs- und Gesundheitssektor ist in diesem kleinen Dachverband relativ stark vertreten. In der KVPU gibt es darüber hinaus kleinere Mitgliedsorganisationen, die zu keiner Branche oder Region einen Bezug haben. Gegenwärtig vereinigt die KVPU elf Branchengewerkschaften. Neben der Gründung neuer Gewerkschaften lebt die KVPU in ihrer Mitgliederentwicklung davon, unzufriedenen Mitgliedern der alten Gewerkschaften eine Heimat anzubieten. Die KVPU finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen der Mitgliedsorganisationen, Spenden von Bürger_innen, Unternehmen, Institutionen und Organisationen aus dem In- und Ausland.

Die Allukrainische Vereinigung der Arbeitnehmer Solidarität (VOST) ist, wie die FPU und KVPU, Mitglied im Internationalen Gewerkschaftsbund (ITUC), findet jedoch weder in der Öffentlichkeit noch bei Tarifverhandlungen usw. Beachtung. Laut identischer eigener und ITUC-Angaben verfügt VOST über 150.000 Mitglieder, davon etwa die Hälfte assoziierte, sie vertritt fünf Regionen und vier Branchengewerkschaften. Wegen fehlender Repräsentativität bleibt VOST die Teilnahme am nationalen sozialen Dialog verwehrt.

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände des Landes

Bezeichnung	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Федерація профспілок України, ФПУ (Federation of Trade Unions of Ukraine, FPU)	Vorsitz: Hryhori Osovy Stv. Vorsitz: Oleksandr Schubin Volodymyr Saenko Jevhen Drapjaty	5,09 Mio. (1.1.2018)	ITUC, PERC, ECOSOC, IndustriAll, IUF, ITF, GCTU
Конфедерація вільних профспілок України, КВПУ (Confederation of Free Trade Unions of Ukraine, KVPU)	Vorsitz: Myhailo Volynez Stv. Vorsitz: Anatoli Akimochkin Natalia Lewyzka Volodymyr Fundowny	175.000 (1.1.2019)	ITUC, PERC, IndustriAll, IUF, StreetNet International
Föderation der Transportgewerkschaften der Ukraine (FPTU)	Vorsitz: Vadym Bubnyak Stv. Vorsitz: Oleksandr Muschenok	386.200 (31.12.16)	ITF
Verband der Autonomen Gewerkschaften der Ukraine (OVAP)	Vorsitz: Anatoli Shyrokov	204.124 (27.4.12)	PSI
Allukrainische Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände »Einheit«	Vorsitz: Anatoli Onischuk	153.562 (20.04.12)	EPU

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften des Landes

Bezeichnung / Branche	Mitgliedschaft in Dachgewerkschaft	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Bergbau und Metallurgie Gewerkschaft	FPU	Serhi Komyshev Oleksandr Rjabko	314.000 (1.1.2018)	Föderation der Bergbau- und Hüttenarbeitergewerkschaften der GUS-Staaten, IndustriAll
Gewerkschaft der Kohleindustrie der Ukraine (PRUPU)	FPU	Viktor Turmanov Valeri Mamchenko Vjacheslav Mosendz	78.640 (12.2017)	IndustriAll
Gewerkschaft der Agrarindustrie der Ukraine	FPU	Ihor Sopolkin	438.420	IUF
Eisenbahnergewerkschaft der Ukraine	FPU	Vadym Tkachov Myhailo Sinchak Vasyl Lesko	495.800 (31.12.2012)	ETF, ITF
Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft der Ukraine (NPGU)	KVPU	Myhailo Volynetz Natalia Lewitska	Keine Information	IndustriAll
Gewerkschaft Bildung und Wissenschaft der Ukraine	FPU	Heorhi Trukhanov Ljubov Garbarenko Serhi Romanjuk	1.584.95 (1.1.2018)	Bildungsinternationale
Gewerkschaft Gesundheitswesen der Ukraine	FPU	Viktorija Koval Iryna Schwetz	795.950 (1.1.2018)	IFSW

Außerdem gibt es ca. 30 Gewerkschaften ohne Dachverbandsbindung, wie z.B. die starke Eisenbahnergewerkschaft, die auch sowjetische Wurzeln hat und die sich aufgrund ihres gewichtigen Alleinstellungsmerkmals bislang gegen die Mitgliedschaft in einem Dachverband entschieden. Die Eisenbahnergewerkschaft ist Mitglied der International Transport Federation (ITF). Auch gibt es eine Vielzahl von »gelben«, gekauften oder anderen Pseudogewerkschaften. Ihre Entwicklung begann massiv in den Jahren 2000–2001, oft wurden sie mit dem Motiv der Geldwäsche oder der Abzweigung von Mitteln aus den sozialen Sicherungssystemen gegründet. Ein anderer Grund ist, dass sich berufsständische Organisation von z.B. Jurist_innen oder Versicherungsmakler_innen nach damaligem Recht nur als Gewerkschaft registrieren lassen konnten, um ihre Interessen offiziell zu vertreten.

Schließlich gibt es eine unüberschaubare Menge von lokalen und regionalen »Gewerkschaften«, die sich teilweise sogar Dachverbänden angeschlossen haben. Darunter z.B. die Kiewer Gewerkschaft der Metro-Beschäftigten (KVPU), die Gewerkschaft der Arbeiter_innen der Zuckerfabrik in Orzhica, oder die Kharkiwer regionale Organisation freier Gewerkschaften. Einige sind fraglos gewerkschaftliche Organisationen, andere haben politische Strukturen und viele repräsentieren nur Geschäfts- oder Handelsinteressen.

Diese Fragmentierung stellt ein Problem für die Gewerkschaften und ihre Machtposition dar. Heute stehen sich zahlenmä-

Big übermächtige »alte« Arbeitnehmervertretungen und neue, unabhängige Gewerkschaften unversöhnlicher denn je gegenüber. Zwischen ihnen herrscht große Konkurrenz und Uneinigkeit, teilweise per se und einzelnen Partikularinteressen geschuldet. Ein konkretes Beispiel findet sich in den sehr angespannten Beziehungen zwischen KVPU und FPU.

Seit der Unabhängigkeit hat die FPU über 70 Prozent ihrer Mitglieder verloren, diese haben sich auch keinen anderen Gewerkschaften angeschlossen. Während zu Beginn der Unabhängigkeit noch nahezu 100 Prozent der Arbeitnehmer_innen organisiert waren, sind heute nur noch ca. 40 Prozent der Arbeitnehmer_innen im formalen Sektor organisiert. Lässt man den signifikanten informellen Sektor außer Acht, ist der Organisationsgrad in der Ukraine immer noch höher als in vielen anderen Ländern. Gewerkschaften sind nach wie vor die größten zivilgesellschaftlichen Organisationen im Land und hätten theoretisch das Potenzial, ihre Mitglieder zu mobilisieren und dadurch Einfluss auf Sozial- und Industriepolitik zu nehmen.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die grundlegenden Rechte der Gewerkschaften sind in Art. 46 der Verfassung sowie in den Gesetzen »Über Bürgerassoziationen«, »Über die Gewerkschaften, ihre Rechte und Garantien ihrer Tätigkeit« von 1999 und im Arbeitsgesetzbuch von 1971 festgeschrieben, dessen mannigfaltige Reformversuche noch

unvollendet sind. Die Ukraine hat die ILO-Konvention Nr. 87 »Über die Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechts« unterzeichnet. Gewerkschaften sind, theoretisch betrachtet, unabhängig und können ihre Tätigkeit frei gestalten. Grundsätzlich gibt es auch ein Recht auf Streik. Eine Ausnahme besteht in einigen für den Staat zentralen Bereichen, so in der Justiz, der Armee, der Regierung, der Polizei sowie im Energiesektor.

Die letzten gesetzlichen Änderungen traten 2012 durch das Gesetz über den sozialen Dialog in Kraft. Seither muss zur vollen Wahrnehmung der Rechte zunächst der Status einer Gewerkschaft durch die staatliche oder territoriale Registrierungsbehörde bestätigt werden. Gleichzeitig wurde der nationale tripartite sozial-ökonomische Rat von einem Beratungsgremium zu einer eigenständigen Organisation aufgewertet.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Generalvereinbarung, die auf nationaler Ebene seit 1991 von den Sozialpartnern geschlossen wird, ist (lt. Artikel 8 des Gesetzes über Tarifverträge, 2014) das Fundament für die Verhandlungen und den Abschluss von Tarifvereinbarungen in Betrieben, Regionen und Branchen. In der Generalvereinbarung werden die grundlegenden Prinzipien und Normen der Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie der Arbeitsbeziehungen festgelegt, darunter Mindestlöhne, Arbeitszeiten, Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen und die soziale Sicherheit. Sie bilden auch die Grundlage für sektorale und territoriale Vereinbarungen und Tarifverträge.

Tarifverhandlungen auf höherer, d.h. nationaler, regionaler oder sektoraler Ebene haben in der Ukraine seit der Unabhängigkeit noch nie eine große Rolle gespielt. Auf nationaler Ebene sind Vereinbarungen oft vage und beinhalteten eher Empfehlungen als verbindliche Regelungen. Sektorale Tarifvereinbarungen gelten lt. Gesetz für die Mitglieder der unterzeichnenden Parteien, sind in der Praxis jedoch auch eher Absichtserklärungen gewesen. Zudem gibt es auf sektoraler Ebene kaum Arbeitgeberverbände. Ähnlich verhält es sich mit der regionalen Ebene, so dass die zentrale Ebene für Tarifverhandlungen die Betriebliche ist. Hier gibt es eine vergleichsweise hohe Abdeckung von Arbeitnehmer_innen. Während in den 1990er Jahren zwischen 60–70 Prozent der Arbeitnehmer_innen einem Tarifvertrag auf betrieblicher Ebene unterlagen, waren es 2014 sogar 75 Prozent. Allerdings beziehen sich diese Zahlen nur auf den formalen Sektor, wobei dem öffentlichen Sektor hier eine besondere Bedeutung zukommt. So lässt sich der Anstieg in der Abdeckung vor allem auch durch eine Abnahme der Beschäftigung im formellen und vor allem auch dem öffentlichen Sektor erklären. Allerdings gehen auch die Tarifverträge auf betrieblicher Ebene in der Mehrheit der Fälle nicht über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus.

Die Gewerkschaften haben außerdem das Recht, bei Verstößen gegen bestehende Tarifverträge seitens der Arbeitgeber, ihrer Verbände oder der Exekutivorgane Beschwerde bei der jeweiligen Stelle einzureichen. Werden die Unzulänglichkeiten

nicht behoben oder wird in einer Frist von einer Woche nicht auf die Beschwerde eingegangen, haben sie das Recht, beim zuständigen Gericht Klage einzureichen.

Sieht ein Arbeitgeber Massenentlassungen aus betrieblichen Gründen vor, so muss dies der Gewerkschaft mindestens drei Monate im Voraus mitgeteilt werden. Die Arbeitnehmer_innen selbst müssen erst zwei Monate vorher informiert werden. Die Information muss Gründe, Entlassungsfristen, sowie Zahl und Berufsgruppen der Betroffenen enthalten. Außerdem sind Beratungen mit der Gewerkschaft über Maßnahmen zur Verhinderung bzw. höchstmöglichen Reduzierung von Entlassungen und zu Auffangmaßnahmen durchzuführen. Gewerkschaften müssen Entlassungen von Gewerkschaftsmitgliedern zustimmen.

Obwohl der ukrainische Präsident bereits 1993 den ersten nationalen dreiseitigen Rat für Soziale Partnerschaft gründete, lief die Entwicklung des sozialen Dialogs sehr schleppend an. In ihm sind zu gleichen Teilen Vertreter_innen der Arbeitgeber, der Gewerkschaften sowie des Staates vertreten. 2012 wurde der inzwischen umbenannte nationale dreiseitige sozio-ökonomische Rat (NTSER) zu einer eigenständigen Organisation. Er gibt Empfehlungen an den Präsidenten, das Parlament und das Ministerkabinett zur Entstehung und Umsetzung der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie zur Regulierung von Arbeitsbeziehungen. Seine Vorschläge müssen von den Adressaten allerdings nur geprüft werden, so dass offen bleibt, inwieweit diese Prüfung auch zu entsprechenden Entscheidungen führt. Zudem sprechen Regierung und Arbeitgeberseite im NTSE oft eine gemeinsame Sprache. Die Gewerkschaftsvertreter_innen des Rates sind auch in den Vorständen des Renten-, des Sozial- und des Arbeitslosenversicherungsfonds vertreten. Die Auswahl der Gewerkschaftsvertreter_innen für den tripartiten Rat unterliegt dem Prinzip der Repräsentativität. Damit hat der Gesetzgeber den traditionellen, mehr konsensorientierten Gewerkschaften exklusive Partizipationsmöglichkeiten eingeräumt. Die Tätigkeit kleinerer Gewerkschaften wird dadurch quasi negiert.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Nach über 20 Jahren staatlicher Unabhängigkeit befindet sich die ukrainische Gewerkschaftsbewegung nach wie vor in einer schwierigen Situation. Mit der Unabhängigkeit verbundene Hoffnungen auf Wohlstand, wirtschaftliches Wachstum und soziale Sicherheit haben sich nicht erfüllt, im Gegenteil. Der Wandel der Arbeitswelt einerseits sowie das immer noch dominante sowjetische Erbe im mit Abstand größten Gewerkschaftsdachverband FPU haben einen Rückgang der Mitgliederzahlen zu Folge. Darüber hinaus führen Fragmentierung und Konflikte innerhalb der Gewerkschaftslandschaft sowie große Differenzen im Verständnis über die Rolle und Aufgabe von Gewerkschaften dazu, dass sie im politischen Prozess nicht als einheitliche Stimme wahrgenommen werden.

Grundsätzlich können sich die Gewerkschaften am Gesetzgebungsprozess aktiv beteiligen. In der Gesetzgebung finden ih-

re Anstrengungen dann aber letztlich wenig Niederschlag, da sie weder mit einer Stimme sprechen, noch die Kapazitäten haben, fundierte Positionen zu entwickeln. Zwar formulieren einige der Gewerkschaftsdachverbände in ihren Statuten, darunter die FPU, den Anspruch sich aktiv am politischen Entscheidungsprozess beteiligen zu wollen, in der Praxis gibt es jedoch keine nennenswerten Anstrengungen, dies auch umzusetzen. Auch bei den großen politischen Entwicklungen der Ukraine in den letzten Jahren, konnten die Gewerkschaften keine eindeutige Position beziehen. Beim Euromaidan waren die Gewerkschaften ebenso wie bei der Orangen Revolution nicht an der Spitze der Bewegung, obwohl sich einzelne Aktivist_innen der beiden bedeutendsten Dachverbände an den Protesten beteiligten. Während die KVPU grundsätzlich ihre Unterstützung für die Bewegung äußerte, war die FPU in der Frage uneins, letztendlich aber eher an der Seite der Regierung. Starke Mitgliederstrukturen im industriestarken Osten und Süden des Landes ließen sie eine eher russlandfreundliche Haltung einnehmen. Und tatsächlich verlor die FPU durch die Annexion der Krim und den Krieg im Donbass nicht nur Mitglieder, sondern auch Immobilien.

Das Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union bedeutete den Startschuss für tiefgreifende Reformen der Wirtschaft und der Arbeitsmärkte. Die Gewerkschaften haben den langjährigen Verhandlungsprozess über ein solches Abkommen und seine Folgen als weitgehend unbeteiligte Zuschauer verfolgt. Wie insbesondere die soziale Dimension des Freihandels gestärkt werden kann, steht als gewerkschaftliche Herausforderung unbeantwortet im Raum.

Obwohl sich keine der Gewerkschaften öffentlich zur Nähe zu einer politischen Partei bekennt, so geben personelle Verflechtungen zwischen Gewerkschaften und Parteien Hinweise auf politische Zugehörigkeiten. Stets gab es in der Geschichte der Unabhängigkeit der Ukraine Bemühungen der Politik, die Gewerkschaften in den eigenen Einflussbereich zu bringen und für eigene kurzfristige Interessen zu nutzen. So machte der erste Präsident der Ukraine, Leonid Krawtschuk, einen seiner Berater für die Beziehungen zu öffentlichen Organisationen, Oleksandr Stoyan, zum Vorsitzenden der FPU, obwohl Stoyan bis dato in diesem Feld nie aktiv gewesen war. Stoyan war später Protegé von Petro Poroschenko, bevor er sich dann dem Janukowitsch-Lager anschloss. Auch der Vorsitzende der KVPU, Michail Volynetz, war von 2002 bis 2012 Abgeordneter im Timoschenko-Block, wurde aber 2012 von der Partei nicht wieder aufgestellt. Durch diese persönlichen Verwicklungen in das politische Geschäft verlieren Gewerkschaften an Glaubwürdigkeit und werden oft als Teil der korrupten politischen Eliten wahrgenommen.

Grundsätzlich sehen sich die Gewerkschaften in der Ukraine eher neoliberalen Tendenzen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gegenüber, auch bedingt durch die Abhängigkeit von internationaler Hilfe. Insbesondere der IWF, der für die Ukraine notwendige Kreditprogramme zur Verfügung stellt, setzt sich für eine strenge Austeritätspolitik ein, die soziale und Arbeitnehmerrechte eher beschränkt. In diesem Zusammenhang ist auch die seit vielen Jahren diskutierte Novelle des Arbeitsgesetz

zes zu sehen, die die Rechte von Arbeitnehmer_innen eher verschlechtern würde. Auch hier müssen die Gewerkschaften zu einer konsolidierten Position kommen, wenn sie tatsächlich Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse nehmen wollen.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de
www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.